

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur i. Verw. **H. Paselow**, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg 5, **Bremerstraße 11, 1. Etage.**

Bereits-Anzeigen
für die dreispaltigen Beitzelle ober deren Raum 80 A.
Zeitungsbreislifte Nr. 3388.

Inhalt: Volksgericht. — Wirtschaftliche Rundschau. —
Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen,
Differenzen, Versammlungen und sonstige Bewegung. Inter-
nationale Rundschau. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz,
Submissionen zc. Zur Frage des Städtebaus der Zukunft. —
Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Polizei
und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. —
Zentralverband der Maurer. — Anzeigen. — Feuilleton: Was
ist und zu welchem Ende betreibt man Weltgeschichte?

Ausland:
Oesterreich: Asch, Teplitz, Graz, Salzburg (Maurer und Zim-
merer stehen in der Lohnbewegung);
Ungarn: Pápa, Munkács (Maurerstreik);
Schweiz: Bern (Aussperrung sämtlicher Bauhandwerker);
Schweden: Engelholm (Differenzen).

Jahre 1877 geschah folgendes: Die Sozialdemokratie
hatte in ganz Deutschland eine lebhafteste Agitation
für die Inangriffnahme des gesetzlichen Arbeitser-
schutzes entfaltet. In vielen Hunderten von Ver-
sammlungen waren Resolutionen an die Regierungen
und an den Reichstag beschloffen worden, in welchen
u. A. auch die reichsgesetzliche Regelung der
Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-
versicherung zc. verlangt wurde. Dieses Verlangen
wies unter dem Beifall aller bürgerlichen Parteien
die Regierung in ihrem offiziellen Organ, der „Provincial-
Korrespondenz“, zurück mit dem Bemerkten: Daß man
auf beratige Vorstellungen nicht eingehen könne,
ohne die sowieso schon sehr entwickelte „Begehrlich-
keit und Annäherung der Massen“ noch mehr zu
stärken und den destruktiven Bestrebungen der Sozial-
demokratie Vorschub zu leisten!!

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Zugung von Maurern und Bauarbeitern
ist fernzuhalten:

Deutschland:

- Schleswig-Holstein:**
Elmsborn (Streik), Burg a. Fehmarn (Sperrung über
Christian Hammer), Laboe (Sperrung über Stöcking),
Helkendorf (Sperrung über Schölzchen);
- Mecklenburg:**
Boizenburg (Maurerstreik), Neukloster-Brül-
sternberg, Alt- und Neustrelitz, Fürstenberg
(Maurer ausgesperrt), Schwerin (Sperrung über
Feddor und Stange);
- Prov. Brandenburg:**
Lehahn (Maurerstreik), Fogel (Sperrung über Engelke
& Vaiting), Gr.-Krauser Lohngebiel (Sperrung über
den Unternehmer Jacob aus Lehnin), Fürsten-
walde (Differenzen), Hohenwutzen (Sperrung über
Jahnke);
- Pommern:**
Swinemünde-Ahlbeck-Heringsdorf (Maurerstreik),
Gartz a. d. O. (Sperrung über Kersten in Gramzow,
Bau in Staffeld);
- Ost- und Westpreussen:**
Konitz (Sperrung über Arndt), Tapiau (Bausperrn),
Elbing (Differenzen);
- Prov. Posen:**
Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer aus-
gesperrt), Meseritz (Maurerstreik);
- Schlesien:**
Gunsersdorf-Hirsoberg (Streik), Busnau (Aus-
sperrung), Benthen-Kattowitz (Streik);
- Prov. Sachsen:**
Erbay (Aussperrung der Maurer), Stassfurt (Maß-
regelung der Maurer auf den vereinigten chemi-
schen Fabriken), Aschersleben, Schackensleben
(Differenzen), Trebitz a. d. Elbe (Bausperrn
über Eltner in Schnellin);
- Königr. Sachsen:**
Colditz (Streik), Flauen i. V. (Differenzen);
- Sa.-Altenburg:**
Eisenberg (Streik);
- Thüringen:**
Imenau (Streik gegen Lohnreduktion), Coburg
(Sperrung über Köhler), Gotha (Sperrung über
Motschmann);
- Braunschweig:**
Königsalter (Maßregelung);
- Prov. Hannover:**
Hannover (Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter),
Osterode-Glanthall-Horxberg am Harz (Maurer-
streik), Vechna (Sperrung über Schlüter in Lang-
förden), Nienburg a. d. W. (Sperrung über Dechow);
- Westfalen:**
Bochum, Hagen (Zimmererstreik);
- Rheinprovinz:**
Gils (Fager und Putzer streiken, die Unternehmer
drohen mit der Aussperrung);
- Hessen:**
Hains (Maurer und Zimmerer ausgesperrt);
- Baden:**
Florsheim (Streik), Karlsruhe (Differenzen);
- Elsass-Lothringen:**
Gelnar (Streik);

Volksgericht!

Leider ist es uns völlig unmöglich, noch in der
vorliegenden Nummer unseres Blattes Mitteilungen
über den **Ausfall der Reichstagsneuwahlen**
vom 16. Juni zu bringen, denn ehe die Resultate be-
kannt sein können, muß diese Nummer gedruckt sein,
um rechtzeitig zum Versand zu gelangen. Aber wir
glauben der Ueberzeugung Ausdruck geben zu dürfen,
daß aus den Wahlziffern ein gewaltiger Fortschritt
der Sozialdemokratie sich feststellen läßt. Energischer,
opferfreudiger und siegeszuversichtlicher als je zuvor ist
die Sozialdemokratie diesmal in den Wahlkampf ein-
getreten. In allgemeiner Weise hat sie offen und
ehrlieh vor den weitesten Volksteilen ihre Grundzüge,
Forderungen und Bestrebungen verkündet, während
die sogenannten „staatserkhaltenden“ Parteien, die
„Liberalen“, Zentrumsleute, Konservativen, Anti-
semiten zc., sich wiederum ein Zeugnis politischer
Jämlichkeit ausstellten, in dem sie ihren Kampf gegen
die Sozialdemokratie mit den verächtlichen Waffen
der Lüge und Verleumdung führten. Ganz be-
sonders charakteristisch sind die Lügen, welche speziell
dem Zwecke dienen sollen, Arbeiter als Stimmvieh
für die geschworenen Feinde der Arbeiter zu ködern.
Diese Lügen erfuhren eine Massenverbreitung durch
Flugblätter, die von einer Berliner Firma (Kränzl
& Co.) fabrikmäßig hergestellt worden sind. An der
Verbreitung sind alle sogenannten „staatserkhaltenden“
Parteien ohne Unterschied beteiligt.

Da wird u. A. die ungeheuerliche Behauptung auf-
gestellt: Daß der Zolltarif Umnahme gefunden habe,
sei lediglich der Sozialdemokratie zu danken! Und
das wird in die Welt hineingelogen, wenige Wochen
nachdem die Sozialdemokratie leider vergeblich einen
beispiellosen Kampf gegen den Zolltarif geführt!
Eine andere Lüge ist, daß es „allen staatserkhaltenden
Parteien“ auf die „Erhaltung des Koalitions-
rechtes der Arbeiter“ ankomme und daß die
Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen
sei, wenn Unternehmer und öffentliche Gewalten sich
genötigt sehen, in dieses Recht einzugreifen!!!

So ziemlich der Gipfelpunkt in der traurigen Kunst
demagogischer Lügner aber wird erreicht mit der Be-
hauptung: Der Sozialdemokratie sei es nicht ernst um
eine gute Arbeiterschutzgesetzgebung; sie wolle
eine solche Gesetzgebung garnicht, weil es ihr
„nicht in den Kram passe“, daß die Lage der
Arbeiter gebessert werde!!! Deshalb habe sie im
Reichstage auch immer gegen die Arbeiter-
versicherungsgesetze gestimmt!!!

Diese ebenso dumme wie infame Lüge wird ohne
Zweifel auch in der nürmehr entbrannten Stichwahl-
Bewegung eine Rolle spielen, weshalb wir uns
etwas näher mit ihr beschäftigen möchten.

Geraume Zeit hindurch war die **Sozialdemokratie**
die einzige Partei, welche eine gründliche und um-
fassende Arbeiterschutzgesetzgebung, einschließ-
lich der Arbeiterversicherung gegen Krankheit, Un-
fall zc. forderte. Die reaktionären Regierungen und
die ihnen verbündeten „staatserkhaltenden“ Parteien
wollten von dieser Forderung nichts wissen. Noch im

Ein Jahr später wurde das Sozialistengesetz
zwecks Knebelung der Arbeiterklasse geschaffen.
Und nachdem die Polizei drei Jahre lang mit diesem
Ausnahmegesetz in schandbarster Weise die Arbeiter-
bewegung bekämpft hatte, erschien (1881) eine kaiser-
liche Bottschaft, in welcher die Inangriffnahme
einer Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung als
nothwendig bezeichnet wurde, um zwecks wirksamerer
Bekämpfung der Sozialdemokratie den Arbeitern „in
positiver Weise zu helfen“.

So wurden nacheinander das Krankenversiche-
rungsgesetz, das Unfallversicherungsgesetz und
sodann das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz
geschaffen. Voraussetzung der Regierung und
der herrschenden Parteien dabei war, die Arbeiter
der Sozialdemokratie zu entfremden. Auch sollten
diese Gesetze als Vorwand dazu dienen, die Arbeiter-
klasse politisch zu entzweien. Offen sprach das im
Reichstage unter dem Beifall der Rechten Freiherr
von Stumm aus; er erklärte: Da durch die Ver-
sicherungsgesetze in „so vorzüglicher Weise für die
Arbeiter geforgt sei“, hätte dieselbe keinen Grund
mehr, das allgemeine gleiche Wahlrecht und
das Koalitionsrecht auszuüben; beide Rechte seien
„für die Arbeiterklasse nunmehr belanglos und
überflüssig geworden“!!!

An sehr ersten Versuchen, zunächst das Koalitions-
recht der Arbeiter zu vernichten, hat es ja ja
kanntlich denn auch nicht gefehlt; man denke ins-
besondere an die Zuchtausgesetzvorlage!

Tatsächlich mühten die reaktionären Gewalten und
Parteien den Arbeitern zu, um der Versicherungs-
gesetze willen auf ihre politischen Rechte zu
verzichten, sich der Willkür und der sogenannten
„väterlichen Fürsorge“ der Regierung und der Unter-
nehmer zu unterwerfen. **Die Arbeiter aber waren
vorsichtig genug, das nicht zu thun, in dieser
Gesetzgebung nicht die „Lösung der sozialen Frage“
zu sehen. Immer allgemeiner und fester schlossen sie
sich der Sozialdemokratie an. Man hat die Arbeiter
deshalb „undankbar“ genannt. Durchaus im Ein-
verständnis mit der ganzen Arbeiterklasse haben
die sozialdemokratischen Abgeordneten im
Reichstage gegen diese Gesetze gestimmt. Wes-
halb? Weil dieselben den berechtigten Ansprüchen
der Arbeiterklasse nicht genügten! Es waren
Nachwerke des reaktionären und bürokratischen Geistes
im Sinne einer „verbesserten Armenpflege“. Die
Selbstverwaltung durch die Versicherten war aus-
geschlossen; die Versicherung war keine einheitliche und
ließ viele Millionen von Arbeitern unberücksichtigt —
ländliche Arbeiter, das Gesinde, Seelente,
kleine Gewerbetreibende zc. zc.**

Gegen diese **unvollkommenen und schlechten**
Gesetze stimmten die Sozialdemokraten, um

